



**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

DEUTSCHLAND MUSS IN DER KLIMAPOLITIK LIEFERN!

Forderungen zur 23. Weltklimakonferenz in Bonn

Demands for the 23rd World Climate Change Conference in Bonn

GERMANY MUST DELIVER ON CLIMATE POLICY!



**BALD NICHT MEHR DA!
SOON TO BE GONE!**

Die Auswirkungen des Klimawandels auf Fidschi

„Es [Vunidogoloa] ist das erste Dorf in Fidschi und im ganzen Pazifik, das wegen des Klimawandels umgesiedelt werden musste“, sagt das Dorfoberhaupt Sailosi Ramatu. „Vielleicht ist es auch weltweit das erste Dorf. Als die Regierung kam und uns fragte: ‚Wollt ihr umsiedeln?‘, haben wir sofort ‚Ja‘ gesagt. Warum? Weil wir von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Der Meeresspiegelanstieg und Überschwemmungen zerstören unser Land, unsere Häuser und unsere Lebensgrundlage.“ Ihr kleines Dorf an der Küste wurde so stark vom Meeresspiegelanstieg bedroht, dass ein weiteres Leben dort nicht mehr möglich war. Sie mussten deshalb das ganze Dorf umsiedeln, einige Kilometer bergaufwärts, und die Kosten haben sie auch zu einem Drittel getragen. Die restlichen Kosten hat der Staat Fidschi übernommen. Aus der Perspektive, dass der Staat Fidschi und die umgesiedelten Bewohner keinen Beitrag zum Klimawandel geleistet haben, ist es nicht gerecht, dass hierfür keine internationale Unterstützung bereitgestellt wurde. „Ich finde es ganz ehrlich extrem unfair, dass wir so viel Geld für unsere Umsiedlung bezahlen mussten. Schließlich hat uns der Klimawandel gezwungen, an einen anderen Ort umzuziehen“, findet Sailosi Ramatu. Daher plant das Dorfoberhaupt, zur COP23 zu reisen, um die politischen Entscheidungsträger auf die Nöte der kleinen Inselbewohner im Pazifik aufmerksam zu machen. Er fordert Klimagerechtigkeit.

(Quelle: Brot für die Welt)

The impact of climate change on Fiji

“This [Vunidogoloa] is the first village in Fiji and in the whole of the Pacific that has had to be relocated because of climate change,” says village leader Sailosi Ramatu. “Maybe it is the first village in the world. When the government came and asked us: ‘Do you want to move?’ we immediately said ‘Yes.’ Why? Because we are affected by the impact of climate change. Sea-level rise and flooding are destroying our country, our homes and our livelihood.” Their small coastal village was so severely threatened by rising sea levels that it was no longer possible to live there. They therefore needed to move the whole village a few kilometres further uphill, for which they also had to pay a third of the costs. The remaining costs were borne by the state of Fiji. In view of the fact that neither the state of Fiji nor the resettled inhabitants have contributed to climate change, it is not fair that there has been no international funding for this situation. “Quite honestly, I find it extremely unfair that we had to pay so much for our resettlement. After all, it is climate change that forced us to move,” says Sailosi Ramatu. For this reason, the village leader plans to travel to COP23 to draw the attention of policymakers to the needs of this small Pacific island. He demands climate justice.

(Source: Bread for the World)

Die Folgen der Kohleförderung im Rheinland, Deutschland

„Als unmittelbare Nachbarn des rheinischen Braunkohlereviers und der Tagebaue und Großkraftwerke mit ihren giftigen Emissionen, erleben wir die tägliche Praxis der Klimazerstörung mit allen Sinnen: Sehen den Ausstoß der klimaschädlichen Gase aus den Schloten, krebserregenden Feinstaub atmen wir ein, werden zugeschüttet mit dem dreckigen Staub der Bagger. Hier werden Menschen vertrieben: Unsere Heimat wird abgebagert, um an Braunkohle zu gelangen.“

(Quelle: Netzwerk Bergbaugeschädigter e. V. des Rheinischen Braunkohlenreviers)

The effects of coal mining in the German Rhineland

“As immediate neighbours of the Rhineland lignite mining region with its open-cast mines, large power plants and toxic emissions, we are experiencing the daily reality of climate destruction with all our senses: we see the emission of climate-damaging gases from the chimneys, we breathe in carcinogenic particulates and we are coated with the dirty dust from the excavators. People are being driven away: our homeland is being excavated to get at the lignite.”

(Source: Netzwerk Bergbaugeschädigter e. V. des Rheinischen Braunkohlenreviers (Network of Victims of the Rhineland Lignite Mining Region))

DEUTSCHLAND MUSS IN DER KLIMAPOLITIK LIEFERN! Forderungen zur 23. Weltklimakonferenz in Bonn

Vom 6. bis 17. November 2017 findet die 23. Weltklimakonferenz (COP23) in Bonn statt. Der pazifische Inselstaat Fidschi hat dieses Jahr den Konferenzvorsitz für die asiatische Region übernommen und trägt damit eine hohe Verantwortung, die Geschehnisse der Verhandlungen zu steuern. Angesichts der besonderen Gefahren des Klimawandels für die kleinen Inselstaaten und der bereits heute erfahrbaren, aber noch deutlich wachsenden Klimaschäden ist diese Konferenz auch eine enorm wichtige Gelegenheit, die Belange der besonders verwundbaren Länder und Bevölkerungsgruppen stärker in den Mittelpunkt der deutschen und der Weltöffentlichkeit zu rücken.

Auch wenn Deutschland angesichts der COP-Präsidentschaft von Fidschi in erster Linie logistischer Ausrichter ist – ein sehr wichtiges und lobenswertes Engagement – wird auch die deutsche klimapolitische Bilanz unter be-

sonderer Beobachtung sein. Denn nur wenige Kilometer entfernt von Bonn, wo die Regierungen die Umsetzung des Pariser Abkommens verhandeln, liegen die Schloten und Gruben des rheinischen Kohlereviers. Hier wird die klimaschädliche Braunkohle gefördert. Deutschland gibt sich als Klima-Vorreiter – doch die eigenen Klimaschutzziele werden ohne ein schnelles Handeln der neuen Bundesregierung deutlich verfehlt werden. Denn zu lange wurde die Energiewende ausgebremst und weiter auf die Energiegewinnung durch Kohle gesetzt. Doch das Pariser Abkommen konsequent umzusetzen heißt auch, die Abschaltung der besonders schädlichen Kohlekraftwerke schnell und sozial verträglich anzugehen.

Mit diesem Positionspapier legen VENRO und die Klima-Allianz Deutschland ihre Forderungen an die deutsche Bundesregierung im Kontext der COP23-Agenda vor.

GERMANY MUST DELIVER ON CLIMATE POLICY! Demands for the 23rd World Climate Change Conference in Bonn

The 23rd Climate Change Conference (COP23) will be held in Bonn from 6 to 17 November 2017. The Pacific island state of Fiji holds the Presidency of the conference this year on behalf of the Asian region and thus bears a great responsibility in terms of steering the course of the negotiations. In view of the particular dangers of climate change for small island states as well as the climate-related damage that is already evident today and is growing significantly, this conference also offers an enormously important opportunity to put the concerns of particularly vulnerable countries and population groups at the centre of attention of Germany and the entire world.

With Fiji holding the COP Presidency, Germany primarily has the important and laudable role of logistics organizer, and its climate policy will be under particular scrutiny. While the governments are negotiating imple-

mentation of the Paris Agreement in Bonn, just a few kilometres away are the pits and smokestacks of the Rhineland coal-mining region where climate-damaging lignite is being extracted. Although Germany puts itself forward as a pioneer of climate protection, the new Federal Government will fail to meet its own climate protection targets if it does not take rapid action. For too long, the move towards sustainable energy has been held back and the country continues to rely on coal to generate energy. Consistent implementation of the Paris Agreement also means shutting down particularly damaging coal-fired power plants quickly and in a socially responsible manner.

In this position paper, VENRO and the Climate Alliance Germany present their demands to the German Government in the context of the COP23 agenda.

1 | DEUTSCHLAND WIEDER AUF KLIMASCHUTZ-KURS BRINGEN

Deutschland spielt zwar in den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (United Nations – UN) und der Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern im Klimabereich nach wie vor eine sehr aktive und konstruktive Rolle, doch um die heimische Klimapolitik ist es schlecht bestellt. Die Emissionen verharren bei etwa 28 Prozent unter dem Niveau von 1990 und das 40-Prozent-Treibhausgasreduktions-

ziel rückt in immer weitere Ferne, je näher wir dem Jahr 2020 kommen. Die Lücke zwischen der großen rhetorischen Unterstützung des Pariser Abkommens und dem tatsächlichen Klimaschutz wird immer größer, die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung immer kleiner. Denn viele Analysen zeigen klar auf, was zu tun wäre, doch es passiert viel zu wenig.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- ▶ **95 Prozent Treibhausgasreduktion:** In Paris hat sich Deutschland verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen. In der Konsequenz muss eine Reduktion der Treibhausgase um mindestens 95 Prozent gegenüber 1990 erfolgen. Ein Klimaschutzgesetz muss einen verbindlichen Reduktionspfad rechtlich verankern; der Klimaschutzplan 2050 muss konsequent fortgeführt und mit konkreten, ambitionierten Maßnahmen für 2030 unterlegt werden.
- ▶ **Sofortprogramm Klimaschutz:** Um das Klimaziel von 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2020 zu erreichen, muss die Bundesregierung umgehend ein Sofortprogramm für Klimaschutz auf den Weg bringen. Mit Blick auf die Verpflichtungen für 2020 geht es vor allem um die Stilllegung von Kohlekraftwerken, denn nur so kann das Klimaziel noch erreicht werden. Energieeffizienz und Energieeinsparung müssen entschlossener angegangen werden. Gleichzeitig sollte das Sofortprogramm neben dem Energiesektor auch für die Sektoren Landwirtschaft, Verkehr, Industrie und Gebäude die richtigen Weichen für 2030 stellen.
- ▶ **Sozial verträglicher Kohleausstieg:** Zentrale Voraussetzung für die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft ist ein gesetzlich verankerter Kohleausstieg. Bereits in den nächsten Jahren muss die Hälfte der Kohlekapazitäten vom Netz gehen. In den betroffenen Regionen sollte ein sozial verträglicher Strukturwandel aktiv unterstützt werden, der Arbeitsplätze sowie Perspektiven für die Menschen schafft.
- ▶ **Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen:** Parallel gilt es, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Ausschreibungsmengen für Windkraft an Land und Photovoltaik deutlich zu erhöhen. Derzeit reicht der Ausbau nicht einmal aus, um das gegenüber der EU verbindlich zugesagte Ziel von 18 Prozent erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch zu erreichen. Auch die Energiesparziele Deutschlands werden mit großer Sicherheit verfehlt. Es gilt, die Ziele verbindlich festzulegen und ein effektives Maßnahmenbündel für alle Sektoren zu verabschieden, um die Energiewende schnell, naturverträglich und vergleichsweise kostengünstig umzusetzen.
- ▶ **Ökologische Verkehrswende:** Die Dekarbonisierung des Verkehrs muss schon jetzt durch eine Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger als Teil einer umfassenden Verkehrswende (anderer Städtebau, ökosoziale Steuerreform) und einer drastischen Verringerung des Energiebedarfs eingeleitet werden. Für die Autoindustrie braucht es klare Signale, damit diese zukunftsfähig bleibt: Ambitionierte CO₂-Grenzwerte stellen die Weichen dafür, dass um 2030 nur noch Neuwagen mit emissionsfreien Antrieben zugelassen werden. Auch der Luftverkehr muss zum Klimaschutz beitragen: Neben dem Abbau umweltschädlicher Subventionen ist die Einführung eines global wirksamen und effektiven Klimaregimes zentral. Die bisherigen Vorschläge der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) sind unzureichend.

1 | BRINGING GERMANY BACK ON THE CLIMATE PROTECTION TRACK

Although Germany continues to play a very active and constructive role in United Nations (UN) climate negotiations and provides support for developing and emerging countries in climate issues, it lags behind in terms of its domestic climate policy. Emissions remain steadily at approximately 28 percent below 1990 levels, and the 40 percent greenhouse gas reduction target looks increas-

ingly remote as we approach 2020. The gap between the extent of rhetorical support for the Paris Agreement and actual climate protection is becoming ever greater, while the credibility of the Federal Government is becoming ever smaller. Numerous analyses have clearly shown what needs to be done, but far too little is actually happening.

We demand the following from the Federal Government:

- ▶ **95 percent reduction in greenhouse gases:** In Paris, Germany undertook to limit global warming to well below 2 degrees, if possible 1.5 degrees. As a consequence, greenhouse gases need to be reduced by at least 95 percent compared to 1990 levels. Climate protection legislation must establish a legally binding course of reduction. The German Climate Action Plan 2050 must be consistently pursued and backed up by concrete, ambitious measures for 2030.
- ▶ **Climate protection immediate action programme:** In order to achieve the 40 percent greenhouse gas reduction target by 2020, the Federal Government must launch an immediate action climate protection programme without delay. In terms of the commitments for 2020, the main issue is the closure of coal-fired power plants, as this is the only way to achieve the climate target. The issues of energy efficiency and energy savings must be tackled with greater determination. The immediate action programme should set the right course for 2030 not only for the energy sector but also for agriculture, transport, industry and buildings.
- ▶ **Socially responsible coal phase-out:** The decarbonization of the energy industry is dependent on the legislation-based phasing-out of coal. Half of the current coal capacity will need to be removed from the grid over the next few years. In affected regions, a policy of socially responsible structural change that creates jobs and prospects for people should actively be supported.
- ▶ **Expansion of renewable energies and energy savings:** At the same time, there is also a need to significantly increase the expansion of renewable energies and the volume of tenders for onshore wind power and photovoltaic systems. At present, this expansion does not even meet the target of 18 percent renewable energy as a proportion of final energy consumption to which Germany has committed itself in the EU energy policy context. It is also quite clear that Germany will miss its energy-saving targets. The targets must be made mandatory and an effective package of measures needs to be adopted for all sectors in order to accomplish the energy transition quickly and in a nature-friendly and relatively inexpensive manner.
- ▶ **Move towards more climate-friendly transport policies:** The decarbonization of transport must be initiated now by shifting towards environmentally friendly modes of transport as part of a comprehensive transformation of transport policy (changes in urban planning, eco-socially responsible tax reform) and a drastic reduction in energy requirement. Clear signals need to be given to the automotive industry for it to remain sustainable in the future: ambitious CO₂ limits require that by 2030 only new cars with emission-free drive systems will be licensed. The aviation industry must also contribute to climate protection: in addition to cut down on environmentally damaging subsidies, the introduction of a globally effective climate regime is crucial. The proposals of the International Civil Aviation Organization (ICAO) to date are inadequate.

2 | KLIMASCHÄDEN UND KLIMABEDINGTE MIGRATION ADRESSIEREN

Die bisherigen Klimaschutzvorschläge aller Länder führen die Welt derzeit auf einen Temperaturanstiegspfad von 3 Grad und mehr in diesem Jahrhundert. Neben der Auslöschung ganzer Länder würde dies viele Landstriche infolge von Trockenheit, Meeresspiegelanstieg, Versalzung oder Absterben lebenswichtiger Ökosysteme unbewohnbar machen. Die heutigen Vorboten zukünftig noch größerer Katastrophen führen bereits zu großem menschlichen Leid. Immer mehr Menschen sind aufgrund der Klimafolgen gezwungen, ihre Heimat temporär oder dauerhaft zu verlassen. Die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf kleine, flach liegende Inselstaaten wie im Pazifik sind ein besonders greifbares Beispiel für die desaströsen Konsequenzen des Klimawandels. Auch jüngste katastrophale Unwetter wie die Überschwemmungen in Asien, Hurrikan Irma oder Hurrikan Maria in der Karibik sind beispielhaft dafür, wie der Klimawandel zu einer Verstärkung von extremen Wetterereignissen beiträgt, die die Anpassungskapazitäten vieler Gesellschaften, insbesondere bei den Ärmsten, zunehmend übersteigen.

Die Regierungen müssen daher bei der COP23 auch den Umgang mit nicht vermeidbaren Klimaschäden, inklusive nicht ökonomischer Folgen für Leib und Leben, stärker in den Blick nehmen. Insbesondere die Hauptverursacherstaaten und -akteure – dazu gehören Deutschland und die Europäische Union (EU), aber auch Energiekonzerne im fossilen Energiebereich – müssen stärker in die Verantwortung genommen werden, die Betroffenen beim Umgang mit den Klimaschäden zu unterstützen und auch zu entschädigen. Ein zentrales Instrument dafür ist der unter der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) eingerichtete Warschau-Mechanismus zu Klimaschäden, ergänzt durch bi- und multilaterale Initiativen wie zum Beispiel die InsuResilience-Initiative zu Klimarisikoversicherungen. Lösungen für klimabedingte Migration werden bei der COP23 keinen Schwerpunkt in den Verhandlungen darstellen, da die Empfehlungen der extra eingerichteten Arbeitsgruppe unter dem Warschau-Mechanismus erst zur COP24 vorliegen werden. Nichtsdestotrotz sollte sich Deutschland auch hier stärker engagieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der COP23 für folgende Punkte einzusetzen:

- ▶ **Ambitionierter Arbeitsplan des Warschau-Mechanismus und Finanzierung für seine Umsetzung beschließen:** Der von der COP23 zu beschließende Arbeitsplan des Warschau-Mechanismus sollte ambitioniert ausfallen und einen starken Fokus auf die Ärmsten und deren Betroffenheit durch unvermeidbare Klimafolgen haben. Die Finanzierung seiner Umsetzung unter anderem durch das Klimasekretariat muss durch Beiträge insbesondere der Industrieländer gesichert sein.
- ▶ **Arbeitsprozess zu Finanzquellen starten:** Die COP23 sollte als Teil des Arbeitsplans des internationalen Warschau-Mechanismus zu Schäden und Verlusten einen Prozess beschließen, konkrete Vorschläge für zusätzliche auch verursacherbasierte Finanzquellen und deren Verwendung zum Umgang mit Klimafolgen und -schäden zu erarbeiten. Ziel sollte es sein, bis 2022 zunächst etwa 50 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Mitteln zu generieren. Für die Zeit danach sollte der Bedarf im Rahmen des Warschau-Mechanismus genauer bestimmt werden.
- ▶ **Klimainduzierte Migration in 2018 entschlossen angehen:** Die COP23 sollte einen klaren Aufruf an migrationsrelevante internationale Verhandlungsprozesse (Global Compact on Migration, Global Compact on Refugees, Global Forum on Migration and Development, Task Force on Displacement) beschließen, in 2018 die Ursachen und Folgen klimainduzierter Migration entschlossen, differenziert und koordiniert anzugehen.
- ▶ **Dauerhafte Verankerung von Schäden und Verlusten auf der Verhandlungsagenda:** Das Thema Schäden und Verluste sollte auch auf der Agenda der jährlich stattfindenden Zwischenverhandlungen in Bonn (Mai/Juni), dem Paris-Verhandlungsstrang sowie in der Globalen Bestandsaufnahme verankert werden. Dies ist bisher nicht der Fall.

2 | ADDRESSING CLIMATE DAMAGES AND CLIMATE-RELATED MIGRATION

The climate protection proposals put forward so far by all countries currently lead to a global temperature rise of 3 degrees or more during this century. In addition to the extinction of entire countries, this would make many areas of the earth uninhabitable due to drought, sea-level rise, salinization or the death of vital ecosystems. Today's harbingers of even greater prospective catastrophes are already causing great human suffering. More and more people are being forced to leave their homes temporarily or permanently because of climatic impacts. The effects of sea-level rise on small, low-lying island states such as in the Pacific are a particularly tangible example of the disastrous consequences of climate change. Recent weather-related disasters such as the floods in Asia or Hurricane Irma and Hurricane Maria in the Caribbean are further examples of how climate change is contributing to the intensification of extreme weather events. Many societies, particularly the poorest, do not have the capacities to adapt.

At COP23, governments must therefore focus more closely on the management of unavoidable climate-related damage, including non-economic consequences for human life and health. In particular, the main polluting countries and organizations – including Germany and the European Union (EU) as well as energy companies in the fossil fuel sector – must assume greater responsibility for supporting and compensating those affected by climate-related damage. A key instrument for this is the Warsaw Climate Damage Mechanism established under the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), supplemented by bilateral and multilateral initiatives such as the InsuResilience initiative on climate risk insurance. Solutions for climate-related migration will not be a focal point of the negotiations at COP23, as the recommendations of the working group established under the Warsaw Mechanism will not be available until COP24. Nevertheless, Germany should also become more involved in this area.

We call on the Federal Government to promote the following points at COP23:

- ▶ **Ambitious Warsaw Mechanism work plan and funding of its implementation:** The Warsaw Mechanism work plan to be adopted by COP23 should be ambitious, with a strong focus on the poorest people and how unavoidable climate impacts will affect them. The funding of its implementation, including through the Climate Change Secretariat, must be secured by contributions from the industrialized countries in particular.
- ▶ **Starting a work process on financial resources:** As part of the Warsaw Mechanism's work plan on loss and damage, COP23 should adopt a process to develop specific proposals for additional, also polluter-based financial resources and their utilization in dealing with climate change impacts and damage. The aim should initially be to generate around US\$50 billion in additional funds towards the end of the current work plan 2022. For the period thereafter, the requirements need to be more precisely defined within the framework of the Warsaw Mechanism.
- ▶ **Tackling climate-induced migration decisively in 2018:** COP23 should make a clear call for migration-relevant international negotiation processes (Global Compact on Migration, Global Compact on Refugees, Global Forum on Migration, Task Force on Displacement) to tackle the causes and consequences of climate-induced migration in a determined, differentiated and coordinated manner in 2018.
- ▶ **Permanent embedding of loss and damage on the negotiating agenda:** Loss and damage should also be on the agenda of the annual interim negotiations in Bonn (May/June), the Paris negotiating track and the Global Stocktake. This has not been the case so far.

3 | LEITPLANKEN FÜR ERHÖHTE KLIMASCHUTZAMBITION FESTZUREN

Das Pariser Abkommen hat das große Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, diesen auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür muss umgehend die globale Trendwende hin zu einem Emissionsrückgang erreicht und dauerhaft beschleunigt werden. Die Umstellung der globalen Energieversorgung hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien ist dabei eine Schlüsselstrategie, neben anderen Maßnahmen.

Die COP23 kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt, um angesichts der großen Ambitionsücke im Klimaschutz zusätzliche Maßnahmen anzustoßen und mit 2018 ein Jahr der dringend benötigten Ambitionserhöhung einzuleiten, da bei der COP24 eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Fortschritte zum Erreichen der Temperaturgrenze aus dem Pariser Abkommen ansteht (Facilitative Dialogue – FD). Die COP23 sollte hier die Eckpfeiler

festzurren, um zum einen mehr Druck auf die Erreichung der 2020er-Ziele und -Maßnahmen auszuüben, welche die Länder im Rahmen des Kyoto-Protokolls und der COP16-Vereinbarungen in Cancún („Cancún Pledges“) eingereicht haben. Zum anderen müssen diese Eckpfeiler auch die Einreichung verbesserter nationaler Klimabeiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) und 2050er-Langfriststrategien bis spätestens 2020 erwirken. Dazu gehören auch die dringend notwendige Ausweitung von finanzieller Unterstützung, Technologiekooperation und Kapazitätsaufbau unter anderem im Rahmen ambitionierter internationaler Partnerschaften. Um den Weg für einen gerechten Übergang („just transition“) zu ebnen, bedarf es auch des Dialogs mit von Klimaschutzmaßnahmen betroffenen Bevölkerungsgruppen und der Unterstützung für Anpassungsprozesse. Entsprechend gilt es, sich für den Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgeber_innen einzusetzen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der COP23 für folgende Punkte einzusetzen:

- ▶ **Ambitionierten Ansatz für den „Facilitative Dialogue“ 2018 festlegen:** Auf der COP23 sollte entschieden werden, dass der Facilitative Dialogue tatsächlich die Leistungen eines jeden Landes untersucht und Aufforderungen zur Verbesserung der Klimaschutzleistungen ausspricht. Der Überprüfungsprozess muss so gestaltet sein, dass am Ende unmissverständliche Aufforderungen an die Länder ausgesprochen werden, die zu wenig für den Klimaschutz tun, ihre Emissionen schnell und deutlich zu senken. Die Verbesserung der meisten in Paris eingereichten nationalen Klimaschutzpläne (NDCs) bis spätestens 2020 muss das konkrete Ergebnis des Überprüfungsprozesses sein. Gleichwohl muss in dem Überprüfungsprozess sichergestellt werden, dass reiche Länder armen Ländern das notwendige Geld für die Umsetzung guter Klimaschutzstrategien zur Verfügung stellen. Die COP23 sollte zudem klar vereinbaren, dass der für 2018 zu erwartende Sonderbericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) zu 1,5 Grad explizit berücksichtigt wird.
- ▶ **Ausarbeitung der notwendigen Umsetzungsregeln für das Paris-Abkommen (Paris-Regelbuch):** Die Weiterverhandlung des Paris-Regelbuchs muss zu einem Verhandlungstext führen, der eine hohe Vergleichbarkeit und Integrität der nationalen Klimaschutzbeiträge sichert, effektive Richtlinien für die Berechnung geleisteter und erhaltener Klimafinanzierung auch zur Minimierung von Doppelanrechnung beinhaltet und strenge Regeln für den neuen Mechanismus für internationalen Emissionshandel setzt. Die in Bonn weiter zu entwickelnden Regeln für die ab 2023 unter dem Pariser Abkommen geplanten Globalen Bestandsaufnahmen alle fünf Jahre müssen sicherstellen, dass die Erhöhung der Ziele sowie flankierende Maßnahmen wie Finanzunterstützung im Mittelpunkt stehen.

3 | SETTING GUIDELINES FOR INCREASED CLIMATE PROTECTION

The Paris Agreement has the ambitious aim of limiting the global rise in temperature to significantly less than 2 degrees above pre-industrial levels and of striving to limit it to just 1.5 degrees. To bring about this change, the global trend towards a reduction in emissions must be achieved without delay and accelerated in the long term. A key strategy here is to shift global energy supplies to 100 percent renewable energies along with various other measures.

In view of the worrying lack of ambition in regard to climate protection, COP23 comes at an important time to take additional measures and to initiate a year of much-needed raised ambitions in 2018, which is when COP24 is due to take stock of current progress towards reaching the temperature limit agreed in the Paris Agreement (Facilitative Dialogue – FD). COP23 should lay the

foundations here to exert more pressure to achieve the 2020 targets and to implement measures put forward by the countries in the context of the Kyoto Protocol and the COP16 agreements in Cancún (“Cancún Pledges”). Furthermore, these foundations must result in the submission of improved national climate contributions (Nationally Determined Contributions – NDCs) and 2050’s long-term strategies by 2020 at the latest. These include an urgently needed increase of financial support, as well as technological collaboration and capacity building, for instance through ambitious international partnerships. To pave the way for a just transition, dialogue with population groups affected by climate protection measures and support for adaptation processes are also required. Accordingly, it is important to engage in dialogue with trade unions and employers.

We call on the Federal Government to promote the following points at COP23:

- ▶ **Ambitious approach to the 2018 Facilitative Dialogue:** The decision should be taken at COP23 that the Facilitative Dialogue will effectively review the performance of each individual country and call for improvements in climate protection performance. The review process must be designed in such a way that, at the end of the process, those countries that are not doing enough for climate protection are unequivocally summoned to reduce their emissions quickly and significantly. The improvement of most of the National Determined Contributions (NDCs) submitted in Paris by 2020 at the latest must be the concrete result of the review process. The review process needs to ensure, however, that rich countries provide poor countries with the funds they need to implement effective climate protection strategies. COP23 should also clearly agree that the special report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) on the 1.5 degrees limit expected for 2018 will be explicitly adopted.
- ▶ **Development of the necessary implementing rules for the Paris Agreement (“Paris Rule Book”):** The further negotiations around the Paris Rule Book must result in a negotiating text that ensures a high level of comparability and integrity of national climate protection contributions, that contains effective guidelines for calculating the amount of climate funding provided and received – including the minimization of double counting – and that sets strict rules for the new mechanism for international emissions trading. The rules for the five-yearly Global Stocktakes from 2023 onwards planned under the Paris Agreement are to be developed further in Bonn and must ensure that the raising of targets and accompanying measures such as financial support remain key topics.

4 | KLIMAFINANZIERUNG FÜR ANPASSUNG & KLIMASCHUTZ SICHERSTELLEN

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, ist eine massive Umschichtung finanzieller Investitionen aus klimaschädlichen in klimafreundliche Bereiche sowie die massive Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen, insbesondere zugunsten der besonders verletzlichen Bevölkerungsschichten gerade in Entwicklungsländern, notwendig. Sonst wird die Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 dem Klimawandel zum Opfer fallen.

Nach wie vor stehen Industrieländer in der Verantwortung und rechtlichen Pflicht, Entwicklungsländer stärker finanziell zu unterstützen und ihnen zu ermöglichen, die Transformation zu einer klimaresilienten, armutsfreien

und auf 100 Prozent erneuerbaren Energien basierenden Zukunft zu beschleunigen, wie es die Mitgliedsländer des Climate Vulnerable Forum anstreben. Die Lücke zwischen dem Finanzbedarf für Anpassungsmaßnahmen und der durch die Industrieländer geleisteten Klimafinanzierung ist enorm hoch. Zudem führen die wachsenden Klimaschäden zu zusätzlichen Kosten.

Außerdem sollte der von der COP23 zu verabschiedende Gender-Aktionsplan dafür sorgen, dass auch im Anpassungsbereich die gefassten Beschlüsse zur Erhöhung der Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt und finanziell unterstützt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der COP23 für folgende Punkte einzusetzen:

- ▶ **Anpassungsfonds auffüllen und im Pariser Abkommen verankern:** Der Anpassungsfonds (AF) hat eine wegweisende Rolle gespielt, konkrete Anpassungsprojekte mit Fokus auf besonders verletzliche Bevölkerungsgruppen zu fördern. Er krankt aber seit Jahren an einer unzureichenden und lückenhaften Finanzierung. Deutschland sollte auch in 2017 einen Beitrag von etwa 50 Millionen Euro leisten und zudem auf andere Länder, die bisher wenig bereitgestellt haben, Druck ausüben, ebenfalls beizutragen. Die Zukunft des AF unter dem Pariser Abkommen muss sichergestellt werden.
- ▶ **Deutsche Klimafinanzierung weiter erhöhen:** Die neue Bundesregierung muss sich bei der COP23 deutlich zu dem bisherigen Versprechen bekennen, die Klimafinanzierung insbesondere durch zusätzliche Haushaltsmittel für Anpassung weiter zu erhöhen.
- ▶ **Prozess für 2025-Finanzziel vereinbaren:** Das Pariser Abkommen sieht vor, ein neues Finanzziel für 2025, aufbauend auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2020, zu vereinbaren. Die COP23 sollte diesen Prozess einleiten mit dem Ziel, bis spätestens 2019 zur COP25 ein neues Ziel mit einer starken Erhöhung der Finanzierung für Anpassung und zusätzlich für Klimaschäden sowie einer mit dem 1,5-Grad-Limit kompatiblen Mobilisierung von Finanzen für Klimaschutz zu beschließen.
- ▶ **Anrechnung von Klimafinanzierung verbessern:** In den Verhandlungen zu Anrechnungsmethoden für die Klimafinanzierung sollten Verbesserungen vereinbart werden mit dem Ziel, die tatsächlich für klimaspezifische Projektteile aufgewandten Mittel besser abzugrenzen, in Zuschuss-Äquivalenten zu berichten sowie zwischen Geber- und Nehmerländern koordinierte Zahlen zu berichten. Derzeit bestimmen die Geberländer quasi allein, was sie berichten.

4 | SECURING FUNDING FOR ADAPTATION AND CLIMATE PROTECTION

To achieve the goals of the Paris Agreement, there needs to be a massive shift in financial investment from climate-damaging sectors towards climate-friendly sectors, as well as massive funding of climate adaptation measures, in particular to assist the most vulnerable demographic groups, especially in developing countries. Otherwise, the achievement of the Sustainable Development Goals set out in Agenda 2030 will fall victim to climate change.

Industrialized countries continue to have a responsibility and legal duty to provide more financial support to developing countries and to enable them to accelerate

the transformation into a climate-resilient, poverty-free future based on 100 percent renewable energies, as targeted by the member countries of the Climate Vulnerable Forum. The gap between the actual financial requirements for adaptation measures and the climate finance provided by industrialized countries is enormous. Furthermore, the growing level of climate-related damage is resulting in extra costs.

In addition, the Gender Action Plan to be adopted by the COP23 should ensure that the decisions taken to increase gender equality are also implemented and financially supported in the field of adaptation measures.

We call on the Federal Government to promote the following points at COP23:

- ▶ **Replenishing the Adaptation Fund and anchoring it in the Paris Agreement:** The Adaptation Fund (AF) has played a pioneering role in promoting concrete adaptation projects with a focus on particularly vulnerable population groups. However, it has been suffering from inadequate and fragmentary financing for years. Germany should continue to contribute some EUR 50 million in 2017 and should also exert pressure on other countries with little contribution to also participate. The future of the AF under the Paris Agreement must be safeguarded.
- ▶ **Further increasing German climate protection finance:** At COP23, the new Federal Government must clearly commit to the previous promise of further increasing climate protection finance, in particular through additional budget funds for adaptation.
- ▶ **Agreeing on the process for the 2025 financial target:** The Paris Agreement provides a new financial target for 2025, based on the figure of US\$100 billion per year until 2020. COP23 should initiate this process with the aim of adopting a new target by 2019 at the latest to submit at COP25, including a strong increase in funding for adaptation and additionally for climate-related damage and mobilization of climate protection finance compatible with a 1.5 degree limit.
- ▶ **Improving climate finance accounting:** In the negotiations on accounting methods for climate finance, agreements should be reached with the aim of improving the definition of resources actually spent on climate-specific project areas, of reporting in terms of grant equivalents and reporting coordinated figures by both donor and recipient countries. At present, the donor countries themselves largely determine what they report.



**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit ihren über 110 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Verbraucherschutz und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 20 Millionen Menschen.

Climate Alliance Germany (Klima-Allianz Deutschland) is a wide societal network advocating ambitious climate and energy goals on local, national, European and international level. With more than 110 members, **Climate Alliance Germany** shows that climate protection is a major concern of society and is supported by a broad societal alliance including churches, development organizations, environmental organizations, trade unions, organizations for consumer protection, youth alliances and others. Together the member organizations represent around 20 million people.

www.klima-allianz.de

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören 128 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO is the umbrella organisation of development and humanitarian aid non-governmental organisations (NGOs) in Germany. The Association was founded in 1995 and comprises 128 organisations. Their backgrounds lie in private and church-related development co-operation, humanitarian aid as well as development education, public relations and advocacy.

VENRO's central goal is achieving justice in globalisation, and in particular eradicating global poverty. The Association works towards realising human rights and conserving natural resources.

www.venro.org

IMPRESSUM

Herausgeber:

Klima-Allianz Deutschland

Invalidenstraße 35, 10115 Berlin, Telefon: 030 7808995-10
E-Mail: info@klima-allianz.de, Internet: www.klima-allianz.de

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Telefon: 030 2639299-10
E-Mail: sekretariat@venro.org, Internet: www.venro.org

Autor: Sven Harmeling, Care Deutschland-Luxemburg

Redaktion: Dr. Christiane Aeverbeck (Klima-Allianz Deutschland), Anke Kurat (VENRO)

Endredaktion: Christiane Hildebrandt (Klima-Allianz Deutschland), Eva Wagner (VENRO)

Foto: [tobiasjo / istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)

Layout: dieprojektoren.de

Berlin, Oktober 2017

Publisher:

Klima-Allianz Deutschland (Climate Alliance Germany)

Invalidenstrasse 35, 10115 Berlin, Phone: +49 (0) 30 7808995-10
E-mail: info@klima-allianz.de, Internet: www.klima-allianz.de

VENRO (Association of Development and Humanitarian Aid Non-Governmental Organizations)

Stresemannstrasse 72, 10963 Berlin, Phone: +49 (0) 30 2639299-10
E-mail: sekretariat@venro.org, Internet: www.venro.org

Author: Sven Harmeling, Care Deutschland-Luxemburg

Editors: Dr. Christiane Aeverbeck (Klima-Allianz Deutschland), Anke Kurat (VENRO)

Final editors: Christiane Hildebrandt (Klima-Allianz Deutschland), Eva Wagner (VENRO)

Photo: [tobiasjo / istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)

Design: dieprojektoren.de

Berlin, October 2017